

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 15

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Alltag drüben

Alte und Junge

Die zentrale Jugendzeitung «Komsomolskaja prawda» (sie ist zugleich auch einfach eine der grossen Tageszeitungen) berichtete am 3. Juli mit Verspätung über einen Zwischenfall, der sich «Anfang Mai» auf dem Gogol-Prospekt (Prospekt = Boulevard) zugetragen hat, nämlich über einen Zusammenstoss zwischen Jugendlichen und der Polizei.

Das gewaltsam aufgelöste «Jugendtreffen» hatte offenbar keinen besondern Anlass gehabt. In Moskau haben sich Jugendliche angewöhnt, an bestimmten Stellen zusammenzukommen, einfach so, und einen solchen Treffpunkt gibt es eben auch auf dem Gogol-Prospekt. Daran sollte sich inzwischen auch die Polizei gewöhnt haben, obwohl unbefohlene Ansammlungen in der Sowjetunion traditionellerweise suspekt sind. An jenem Tage indessen beschlossen die Ordnungskräfte durchzugreifen, weil sich anscheinend so viele junge Leute eingefunden hatten, dass man das als Zusammenrottung empfand. Auf jeden Fall waren die Polizisten gereizt und schlugen drein.

Die Reportage der «Komsomolskaja prawda» nun lässt schon in ihrem Tonfall erkennen, dass sich die Redaktion auf die Seite der Jugendlichen stellt. Bedauert wird der Missbrauch der Polizeigewalt, und als schlagender Beweis werden Ausschnitte aus Spitalrapporten mitgeliefert, denn nach den polizeilichen Prügeleien mussten sich manche Junge ärztlich behandeln lassen, die sich zufällig dort befanden.

Im Unterschied zur «Komsomolskaja Prawda» finden allerdings etliche Leute, dass eine Tracht Prügel das mindeste sei, was den Jugendlichen gehöre, die sich strassenkundig in Szene setzen. Die Redaktion habe, so wird in der Reportage erwähnt, «viele Briefe von älteren Leuten» erhalten, die sich über das heutige Treiben der Jugend empören. Ein wahrscheinlich symptomatisches Zitat über die Jungen aus einem Leserbrief: «Die sind ja ganz besoffen von dieser Demokratie.» Das Leitmotiv vieler Schreiben sei die Forderung, alles, was die Jugendlichen heute trieben, «zu verbieten und zu liquidieren». Vernehmbar werde das im Zusammenhang mit neuen Ausstellungen, mit Filmen, Veranstaltungen, Liedern, Musik, Mode, Tanz und Frisuren. Da finde man nach Meinung solcher Einsender gleich «Millionen von Verbotgründen».

Die Sowjetunion ist immer noch sowjetisch strukturiert, aber in der Atmosphäre westelt einen schon manches an. Allerdings unter inhaltlich-ideologisch ändern Vorzeichen; dort hat

man schon seine Erfahrungen mit dem Sozialismus.

Anzumerken bleibt, dass sich die Entrüstung aus dem ältern Teil des sowjetischen Publikums täglich in entsprechenden Zuschriften an die Presse kundtut. Wir haben im ZeitBild schon mehrfach darauf hingewiesen, dass sich die Feindschaft zur Perestrojka (die Wut auf sie geht mit der Empörung über «die Jugend» Hand in Hand) am direktesten in den Leserbriefen artikuliert; die höhergestellten Feinde der jetzigen Entwicklung drücken sich öffentlich gewählter und mittelbarer aus, indem sie zum Beispiel davor warnen, die Perestrojka als Freibrief für antisozialistisches Treiben misszuverstehen. Die Leserbriefschreiber aus den Bevölkerungsschichten unterhalb der exponierten Stellungen hingegen reden Fraktur, und das, was viele altgediente Bosse heimlich denken, das sagen sie laut. Nach ihrer Meinung ist die

Sowjetgesellschaft von heute tatsächlich «besoffen von dieser Demokratie», auch wenn es um eine Erscheinung geht, die sich erst ankündigt.

Heute werden solche Stimmen in einer Einbettung publiziert, die allenfalls noch weltmännische Nachsicht für die ein bisschen zurückgebliebenen Elemente kundtut. Aber wenn die Perestrojka einstürzen und ihre Führung abstürzen sollte (für eine Umkehr unter der gleichen Führung ist es inzwischen wohl schon zu spät), wird man die jetzt mitleidig belächelten reaktionären Zuschriften nachträglich als ehrliche Besorgnis der werktätigen Massen hinstellen, und dann wird es auch keinen Platz mehr für Gegendarstellungen geben, nicht einmal in der Form von Leserbriefen.

Nun, das muss nicht sein, aber vorderhand sind die Jugendlichen höchstens trunken von einer Demokratie, die sie noch nicht haben. *cb*

Das Dokument

Der Oberste Sowjet der Sowjetunion hat dem dissidenten Psychiater Anatolij Korjagin, der sich in der Schweiz niedergelassen hat, die Staatsbürgerschaft abgesprochen.

Über Korjagin und seine Familie haben wir im ZeitBild (Nrn. 9 und 11/1987) berichtet. Er war allein deswegen eingesperrt gewesen, weil er die Wahrheit über die Politpsychiatrie sagte, und noch heute sind viele Opponenten gegen Diktatur und Lüge eingesperrt, verfolgt, diskriminiert. Ihre Erfahrung zählt. Dr. Korjagin hat uns eine Erklärung über seine Ausbürgerung zugestellt; wir veröffentlichen sie. Die Tatsache, dass wir die Perestrojka anders bewerten als er, ändert selbstverständlich nichts an unserm Respekt vor ihm und an unserer Solidarität mit allen, die nach wie vor unterdrückt werden. Es ist richtig, auf die Stimme Korjagins zu hören.

Aus Mitteilungen der Massenmedien habe ich erfahren, dass mir die sowjetische Staatsbürgerschaft aberkannt worden ist.

In diesem Zusammenhang erkläre ich, dass ich die sowjetische Staatsbürgerschaft nie geschätzt habe. Im Gegenteil, ich betrachtete es als Schande für mich, Bürger eines Staates zu bleiben, der ein aggressives kommunistisches Imperium ist und der vollständig auf der Lüge und Gewalt der Parteiführung gegenüber vielen Völkern beruht, eines Staates, dessen geschichtlicher Weg vom Blut unzähliger Opfer des bolschewistischen Terrors durchtränkt ist, eines Staates, dessen Territorium von einem Netz aus Konzentrationslagern und psychiatri-

schen Kliniken bedeckt ist, eines Staates, in welchem immer noch die besten Menschen für ihre Überzeugungen leiden, eines Staates, dessen Soldaten Afghanistan besetzt haben und die Einwohner dieses Landes töten.

Eine solche Staatspolitik ist eine brutale, unverhüllte Gewalt, welche die niedrigste Form der menschlichen Tätigkeit darstellt. Deshalb kann die Bezeichnung Sowjetbürger keine ehrenvolle Bezeichnung sein. Nicht Anatolij Korjagin und Irina Ratuschinskaja schaden dem Staat, sondern der sowjetische Staat schadet sich selbst. Denn wir, die Ausgebürgerten, berichten der Welt die Wahrheit über die Bestialitäten in den sowjetischen Konzentrationslagern durch die Organe des KGB und des MWD, über die mit Füßen getretenen Rechte und Freiheiten der Sowjetbürger, über die Versuche der Sowjetregierung, mit Begriffen wie Umgestaltung, Öffentlichkeit und Demokratisierung zu manipulieren, um die Weltöffentlichkeit zu täuschen. Nach unserer Ausbürgerung können jetzt alle sehen, dass es unzulässig ist, sogar im Ausland, die Wahrheit über die Sowjetunion zu verbreiten. Man kann sich gut vorstellen, wie man von dieser Öffentlichkeit in der Sowjetunion Gebrauch machen kann.

Was den Beschluss des Präsidiums der Obersten Sowjets betrifft, so ist dazu zu sagen, dass die Macht der einzigen Partei im Land, erobert und erhalten nur mit der Waffe der Lüge, wie auch ihre gesetzgeberischen Erlasse nur als widerrechtlich bezeichnet werden können.

Ich betrachte mich nach wie vor als einen Sohn des russischen Volkes und als Bürger Russlands, in der Bedeutung dieses Wortes nicht als eines künstlichen sowjetischen administrativen Gebildes, sondern als eines Landes, das eine grosse Nation hervorbrachte, mit ihrer Geschichte, ihrem Glauben, ihrer vielseitigen Kultur und ihrer reichen Tradition. Auf all das bin ich stolz, indem ich ein Russe bleibe.

Anatolij Korjagin

In Kürze

Diverses aus Perestrojken

Die Moskauer «Sowjetskaja Rossija» stellte am 3. Juli ihren Lesern einen Beitrag der chinesischen Zentralzeitung «Renmin Ribao» (Beijing/Peking) vor, der sich mit der «Notwendigkeit von Reformen» in China befasste. Wenn man das Land tatsächlich modernisieren wolle, dann dürfe man es nicht bei einigen wirtschaftlichen Neuerungen bewenden lassen. Vonnöten sei vielmehr eine Reform des *politischen Systems* und der *Führung*. Und in China sei das so: Obwohl man dort viel über Demokratie spreche, habe man bisher die Bedingungen noch nicht geschaffen, um sie auch zu verwirklichen. Die nötigen echten Reformen würden denn auch das Hauptthema des kommenden 13. chinesischen Parteitags. Nur mittels politischer Reformen komme man zum angestrebten Resultat, die wirtschaftlichen Kräfte zu entwickeln und das Volk zu aktivieren.

Das alles bezieht sich, wie gesagt, auf China. Doch der Leser wird schon merken, was für ein



Dem versinkenden Bürokraten wird der Rettungsring zugeworfen, der mit «Perestrojka» angeschrieben ist. Und seine Reaktion: «Wo bleiben die Bedienungsanweisungen?» («Krocodil», Moskau, Nr. 18/1987)

Land da *gemeint* ist. Denn hier geht es ganz offensichtlich um die Übertragbarkeit des Begehrens nach politischen Reformen.

★

Die «Sowjetskaja Rossija» (Moskau, 2. 7. 1987) analysiert die Arbeit der Staatsanwaltschaften in der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik; das und nichts sonst ist Russland, eine von 15 Sowjetrepubliken). Ausdrücklich angelastet wird dieser Behörde, dass es zur ungerechtfertigten Verhängung von Haft- und Gefängnisstrafen kommt. Die angeführten Beispiele betreffen Karelilien sowie die Gebiete Moskau, Irkutsk und Kuibyschew.

Festgehalten zu werden verdient dabei natürlich zunächst das Eingeständnis der Praxis, unschuldige Leute einzusperren. Wer von dieser Praxis schon bisher wusste, das waren die «antisozialistischen Elemente» im Inland und die sogenannten «kalten Krieger» im Ausland. Jetzt sieht man, wer die ganze Zeit über recht hatte. (Das gleiche gilt von noch so vielen Sachen, welche nunmehr durch die Glasnost an den Tag gebracht werden. An den Tag gebracht, heisst das, für alle jene, die sich über die «antikommunistischen Greuelmärchen» erhaben fühlten. Wann ruhen sie endlich zu merken, wie desavouiert sie dastehen?)

Festzuhalten ist aber noch etwas anderes, etwas, was nicht so evident ist. Wieso sind eigentlich ungerechtfertigte Gefängnisstrafen der Staatsanwaltschaft anzulasten und nicht dem Gericht? Weil das Gericht in der Sowjetunion kein eigenes Gewicht hat, deshalb. Das Gericht ist der Staatsanwaltschaft unterstellt und funktioniert normalerweise sogar als deren direkter Befehlsvollstrecker. Die Staatsanwaltschaft wiederum (das ist eine Aussage, die über den momentanen Stand der Glasnost hinausgeht) funktioniert ihrerseits mindestens in politischen Fällen als Befehlsvollstreckerin des KGB, und dann wird das zweitrangige Gericht noch zur Drittrangigkeit degradiert.

Der Report der «Sowjetskaja Rossija» hat den staatsanwaltschaftlichen Behörden noch eine Menge anderer Dinge vorzuwerfen, die von Herzlosigkeit bis zur bürokratischen Verschleppung der Arbeit reichen. Da kommt so viel zusammen, dass man der Aussparung einer Hauptsache fast nicht gewahr wird: die Institution ist ein gewichtiger Träger politischer Unterdrückung.

★

Laut Angaben der Akademie der Wissenschaften der UdSSR beläuft sich das Pro-Kopf-Einkommen für einen Drittel der Bevölkerung auf weniger als 100 Rubel im Monat (der Rubel hat eine Kaufkraft von etwa zwei Franken, und der Durchschnittslohn für Arbeiter und Angestellte beträgt gut 200 Rubel), und besonders die jüngeren Arbeitskräfte sind knapp bei Kasse. Die

SZYMON KOBYLINSKI



— I daje wam wieczyste
prawo, wzanie do odwołania

«Und hiermit übergebe ich Ihnen das verbriefte Recht auf Widerruf.» («Polityka», Warschau, 20. 6. 1987)

Garderobe eines Mädchens kostet durchschnittlich 700 Rubel, die eines Burschen etwa 500 Rubel. Die grosse Differenz zwischen den Einkünften und den Bedürfnissen der jungen Leute stellt ein Problem dar. Es wird sich noch zuspitzen, wenn die Preise für Jugendwaren weiter steigen. Weil sich die Studien- und Ausbildungszeit verlängert, erfolgt der Eintritt ins Berufsleben immer später, und die Anfänger erhalten die schlechtest bezahlte Arbeit zugewiesen. Lohnzuschläge werden mit der Geburt eines Kindes zunichte gemacht. Das Pro-Kopf-Einkommen in den Familien von Dreissigjährigen beträgt zum Beispiel in Estland 80 Rubel im Monat.

Die Frage stellt sich, ob Studenten (sie erhalten ein meist äusserst dürftiges Stipendium) nicht nebenher einem Verdienst nachgehen sollten. Theoretisch besteht diese Möglichkeit, aber sie wird in der Praxis durch unzählige Vorschriften eingeschränkt.

(Nach dem Beitrag «Das Budget der Jugendlichen» in Nummer 6/1987 der Monatszeitschrift «Sowjetunion heute», die von der Sowjetbotschaft in Wien in deutscher Sprache herausgegeben wird.)

★

Die Moskauer Wochenzeitschrift «Literaturnaja gaseta» führte ein Gespräch am runden Tisch zum Thema der Reformen durch und berichtete darüber in ihrer Ausgabe vom 3. Juni. Dabei profilierte sich der Teilnehmer Anatoli Slobin durch folgende Aussage:

«Immer häufiger hört man, wir brauchen «mehr Sozialismus». Soll das etwa heissen, wir

hätten bisher nicht genug Sozialismus? Ich denke, wir haben hundert Prozent Sozialismus, und wir haben nichts anderes als Sozialismus. (...) Jahr um Jahr haben wir über die Vorzüge unserer fortschrittlichen Gesellschaftsordnung geredet. Und mit allen unsern Vorzügen verbringen wir unsere Zeit mit dem Versuch, aufzuholen. Und zu wem, bitte? Zu jenen, ausgerechnet, welche unsere Vorzüge nicht haben.»

So etwas ist, finde ich, schon blanker Hohn auf den Sozialismus selbst, voll bewusst vorgetragen. Das ist im Zuge der Glasnost eine Möglichkeit, wenn auch die falsche in der Meinung der Parteiführung. In seiner Abschlussrede vor dem Juniplenium des Zentralkomitees (siehe letzte Nummer) hatte Gorbatschow in Übereinstimmung mit seinen früheren Ausführungen zur Grundsatzthematik ausdrücklich betont: «Wir müssen jeden zurückweisen, der uns anti-sozialistische Alternativen anbietet.»

Aber vielleicht lässt sich ein Kompromiss finden. Zum Beispiel nach dem Motto: «Wir müssen den Sozialismus dadurch stärken, dass wir darunter ab jetzt das Gegenteil von dem verste-

hen, was wir bisher darunter verstanden hatten.» Schliesslich ist eine solche Perestrojka ja wohl das Schicksal aller Heilslehren auf dieser unserer Erde.

★

Wie funktioniert die sowjetische Planwirtschaft? Nikolai Petrakow vom Moskauer Zentralinstitut für mathematische Wirtschaftswissenschaften hat auf diese Frage eine Antwort gegeben, die auf dem Selbstverständnis der Verantwortlichen beruht: «Ich gebe die Anweisungen, also plane ich.» («Iswestija», 7. 6. 1987)

★

Die kulturelle Monatszeitschrift «Nowi Mir» in Moskau veröffentlichte in ihrer Nr. 5/1987 die Zuschrift einer gewissen Larissa Popkowa, die sich mit der selbstgewählten Thematik Sozialismus und Marktwirtschaft befasst. Sie findet erstens, dass die beiden Dinge einander aus-

schliessen, und sie findet zweitens, dass Länder mit marktwirtschaftlichem System zum Wohlergehen ihrer Bevölkerung besser geeignet seien als Länder ohne marktwirtschaftliches System. Das müsse sie unbeschadet ihrer eigenen ideologischen Einstellung einfach als Tatsache registrieren, weil diese nun einmal bestehe. Überschrift ihrer Einsendung: «Wo gibt es die besseren Brötchen?»

Das Stichwort «Marktwirtschaft» fehlt an sich im Perestrojkaprogramm, wie es die Parteiführung präsentiert. Man verzichtet sogar auf die besänftigende Formel der «sozialistischen Marktwirtschaft», die in früheren Reformperioden und speziell in den osteuropäischen Ländern dann und wann herumgeboten wurde. Offenbar will man sich nicht dem Vorwurf aussetzen, auf das Vokabular des Klassenfeindes zurückzugreifen. Indessen ermöglicht die Politik der Glasnost (Offenheit), dass sich beliebige Leute der Thematik annehmen können und mit ihrer Meinung an die Öffentlichkeit gelangen. Das macht denn auch die Lektüre der Sowjetpresse momentan so spannend. cb

Sperrzone gegen Offenheit

Die nebenstehende Karikatur aus der satirischen Zeitschrift «Krokodil» (Moskau, Nr. 18/1987) zeigt, wie der Mann der «Presse» (mit Feuilleton, Reportage und Artikeln in der Werkzeugtasche) im Begriff ist, die Stacheldrähte zur «verbotenen Zone» zu durchschneiden. Die Stacheldrähte werden von den herkömmlichen Sprüchen gegen die Glasnost (Offenheit) gebildet. Das gibt (von oben nach unten) vier Linien:

1. Das ist nichts für die Presse.
2. Und was wird man dann im Ausland von uns sagen?
3. Das untergräbt das Ansehen der Regierung.
4. Lassen wir denn nicht so schon viel zuviel Kritik zu?

Interessant ist, wie hier die Presse als Überwinderin des bürokratisch angelegten Verhaues dargestellt ist, als Saboteur zu nächstlicher Stunde. Das Eindringen in die verbotene Zone ist eben auch verbotenes Tun, mag es auch grundsätzlich von oben abgesegnet sein, wenigstens zurzeit.

Was dann im Sperrgebiet alles aufzuspüren und auszuleuchten wäre, das ist dann noch die grosse Frage, die hier im wahrhaftigen Dunkeln gelassen wird. Aber wie Gorbatschow immer wieder sagt: Man ist noch in den Anfängen der Perestrojka. ■

